Bibl. zuf.

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 2,— Mk., Reklamezeile 4 50 Mk.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10. Bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Träger 14.— Mk. von unseren Boten ins Haus geliefert 15,00 Mk. Einzel-Nummer 120 Pf.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 89 | Dienstag den 1. August 1922 | 61. Jahrgang

Übersicht.

— In der bayerischen Krise ist noch keine Entscheidung gefallen.

— In der Reichskanzlei fand eine Besprechung über die französische Note statt, in der in ultimativer Form die Stundung der Ausgleichsraten abgelehnt wird.

— Belgien wünscht die Frage der Stundung der Ausgleichsraten gleichzeitig mit der Moratoriumsfrage zu verhandeln.

— Der Dollar stieg an der Berliner Börse zum ersten Male über 600.

— Die Verhandlung der Mordsache Rathenau vor dem Staatsgerichtshof wird im September stattfinden.

— De Valera soll Irland heimlich verlassen und sich nach Amerika begeben haben.

Ernährung und Reparation.

Vom 13. August ab wird sich der Brotpreis erhöhen und nicht viel unter 30 Mark für das Markenbrot betragen. Der genaue Betrag richtet sich nach den lokalen Verhältnissen. Eine Ueberraschung ist diese Erhöhung nicht, sie ist bereits vor zwei Monaten angekündigt worden. Nur wurde damals die Erwartung ausgesprochen, der Preis würde etwas weiter von 30 Mark entfernt bleiben. Diese Hoffnung würde sich auch wohl haben erfüllen lassen, obgleich die Getreideernte im Durchschnitt nur eine mittlere sein wird, aber der seitdem eingetretene Sprung des Dollars über 500 macht uns das aus Amerika zu kaufende Zuschußmehl so teuer, daß der Brotpreis eben nach oben geht. Auch der Preisunterschied zwischen Markenbrot und markenfreiem Brot wird beträchtlicher sein, als vor ein paar Monaten angenommen worden war.

Den Wunsch, den wir bezüglich der zunächst unvermeidlichen Brotverteuerung selbstverständlich aussprechen müssen, ist der, daß dieser Preisstand nicht zu lange anhalten möge. Die Erfüllung dieses berechtigten Wunsches ist keinesfalls unmöglich, sie hängt davon ab, daß die Mark sich wieder erholt und damit ihre Kaufkraft gesteigert wird. Speziell bezüglich der Lebensmittelpreise hatte im Frühjahr die Ententepresse einschließlich der französischen Zeitungen es offen ausgesprochen, daß sie kein Interesse an den hohen Lebensmittelpreisen in Deutschland habe, vielmehr wünschen müsse, daß die Volksernährung sich ohne Schwierigkeiten vollziehe. Dieser Ausspruch ist sehr erklärlich, denn je mehr Deutschland für Lebensmittel an Devisen dem Ausland zahlen muß, um so weniger kann es Reparationszahlungen an die Entente leisten. Die Reichsregierung hat ja auch in ihrem Stundungsgesuch nach Paris ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie bei voller Erfüllung ihrer Verpflichtungen nicht genug Geld übrig behalte, um den Bedarf an Brotmehl zu decken. Es hilft uns freilich nichts, daß der Wunsch der Entente für eine gute Verpflegung Deutschlands ausgesprochen ist, denn sie ist es ja gerade, die durch die hohen Reparationsforderungen die Kaufkraft der deutschen Mark lähmt.

Das Widersinnige der französischen Reparationspolitik kommt in der Ernährungsfrage zum Ausdruck, die mit dem Inhalt des Londoner Ultimatums auf das engste verbunden ist. Durch die übertriebenen Ansprüche dieses Diktats, das uns die Zahlung von 132 Goldmilliarden aufbürdet, ist die Mark fast ganz kaput gemacht, so daß wir allen Lebensbedarf mit enormen Aufschlägen bezahlen müssen. Alle diese Aufschlagsmillionen könnten in die Ententekasse in Paris wandern und unsere Schulden vermindern, aber wir sind gezwungen, sie zur Erhaltung unserer Arbeitskraft zu verwenden. Unsere Kreditwürdigkeit wird nach dem Gutachten aller Finanzautoritäten der Welt durch diese Schuldenlast zerstört, wir müssen warten, daß es anders wird. Der Nutzen einer Kulanz gegen Deutschland liegt für Frankreich auf der Hand, wir bekämen Kredit, billigere Lebensmittel, und könnten also schneller bezahlen. Aber der französische Starrsinn bleibt.

Die internationalen Bankiers begründen ihr Votum, daß es anders werden muß, mit der äußeren Entwertung der Mark. Dem deutschen Volke liegt am nächsten die Magenfrage, es muß anders werden, damit sich nicht der Mangel an Lebensmitteln einstellt. Lebensmittelpreis und Geldentwertung sind ja nur die verschiedenen Aeußerungen derselben Grundursache, der Ueberschuldung, darum hilft auch von selbst nach der anderen Seite, wer nach der einen Wandel schaffen will, aber ein Anfang muß gemacht werden. Und das Gespenst: In Deutschland droht die Not — packt die Menschheit doch anders, als die finanzpolitischen Erwägungen. Es ist nicht gleichgültig, daß die Reparationspolitik in Paris sich gerade das Brot als Objekt für ihre Folgen ausersehen hat, denn das Brot als wichtigstes Lebensmittel bestimmt die Preise der ganzen Volksernährung. Mit dem Brot steigen und fallen auch Fleisch, Pflanzenwuchs und schließlich alle industriellen Erzeugnisse. Das ist zu allen Zeiten so gewesen und wird immer so bleiben.

Menschenliebe Teilnahme und kaufmännischer Geschäftssinn sprechen in gleicher Weise für einen Wandel der Finanzpolitik, die den Hunger wehrt und die Barzahlung steigert. Bleibt jetzt die Einigung aus, so ist es klar, daß Frankreich letzten Endes nicht Geld will, sondern — — die Rheingrenze und die innere Zerstörung Deutschlands. Wm.

Der Kabinetsrat in München.

Vor der Entscheidung.

In der bayerischen Krise ist zur Stunde noch keine Entscheidung gefallen. Der entscheidende Ministerrat, der den Brief des Reichspräsidenten unmittelbar nach seinem Eintreffen prüfen sollte, ist auf Montag verschoben worden. Im Anschluß daran soll die Angelegenheit den Führern der Koalitionsparteien sowie der der Regierung nahestehenden demokratischen und Mittelpartei unterbreitet werden. Erst dann wird man sich über die nach Berlin zu richtende Antwort schlüssig werden. Die Verschiebung der Entscheidung erfolgte, weil verschiedene maßgebende Persönlichkeiten von München abwesend waren.

Zurzeit läßt sich noch nicht mit Bestimmtheit sagen, in welchem Sinne die bayerische Antwort gehalten sein wird. Nach der „Deutschen Allg. Ztg." erscheint es nicht ausgeschlossen, daß der bayerische Ministerpräsident in seinem Antwortschreiben die Einleitung zu mündlichen Verhandlungen als den nach seiner Ansicht geeigneten Weg für eine rasche Beilegung der ganzen Angelegenheit bezeichnen wird. Bei diesen Verhandlungen wird allem Anschein nach die bayerische Regierung besonderen Wert darauf legen, daß ein Gesetz oder eine sonstige unverbrüchliche Zusage dafür geschaffen wird, daß künftighin nur mit Zustimmung des betreffenden Landes in dessen Hoheitsrechte eingegriffen werden kann und darf. Von anderer Seite wird wieder versichert, daß mündliche Verhandlungen vorläufig nicht in Frage kommen. Der Brief des Reichspräsidenten hat wohl im allgemeinen beruhigend gewirkt, doch hat es stark verschnupft, daß er vom Grafen Bech übergeben wurde.

*

Ein Vorschlag Dr. Heinzes.

Der frühere Reichsjustizminister Dr. Heinze macht einen beachtenswerten Vorschlag zur Lösung der Krise. Bayern nehme bekanntlich den Hauptanstoß an dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, in dem es ein politisches Tendenzgericht erblickt. Nun findet sich im § 6 des Gesetzes die Bestimmung, daß der Oberreichsanwalt seine Untersuchung an die zuständige Staatsanwaltschaft abgeben und der Staatsgerichtshof eine bei ihm anhängig gewordene Untersuchung auf Antrag des Oberreichsanwalts zum ordentlichen Verfahren verweisen kann. Das Gesetz läßt es also zu, etwa vorkommende Straffälle in Bayern, für die der Staatsgerichtshof zuständig ist, dem sonst zuständigen bayerischen Staatsanwalt zur Verfolgung zu überweisen. Hier sei vielleicht ein Weg gegeben, der eine Vereinbarung allgemeiner Art mit Bayern zuläßt und diesem die Sicherheit gibt, daß gegen seinen Willen Eingriffe in die bayerische Justizhoheit nicht vorkommen können.

Neue französische Drohung.

Ungewöhnlich schroffe Ablehnung des deutschen Stundungsgesuchs.

Die deutsche Regierung hatte bekanntlich bei der Entente gebeten, die monatlichen Pauschalzahlungen von zwei Millionen Pfund zur Abdeckung der Debetsalden im Ausgleichsverfahren auf 500 000 Pfund herabzusetzen und Vorsorge dafür zu treffen, daß aus den Schiedsgerichtsurteilen, die vereinbarungsgemäß in erster Linie aus dem Erlös des liquidierten deutschen Eigentums erfüllt werden sollen, für die Dauer des Moratoriums keine Barzahlungen gefordert werden. Auf dieses Gesuch hat jetzt die französische Regierung als erste geantwortet. Sie lehnt nicht nur das deutsche Ersuchen in selbst für eine französische Note ungewöhnlich schroffer Form ab, sondern geht zugleich zu

neuen scharfen Drohungen

über. Sie stellt für den Fall der Nichtzahlung der Monatsrate im Ausgleichsverfahren die Kündigung des Abkommens, das Verbot an die französischen Ausgleichsämter, deutsche Forderungen anzuerkennen und das Verlangen der strikten Durchführung des Friedensvertrages in Aussicht. Dazu würde, wie in der Note ausgeführt wird, auch die Aufhebung des Reichsausgleichsgesetzes gehören, in dem die deutsche Regierung zugunsten der deutschen Schuldner „weit über die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag hinausgegangen sei (!)". Für den Fall der Aufhebung des genannten Gesetzes und der Abrechnung mit den deutschen Schuldnern zum vollen Tageskurs erbittet sich die französische Regierung Listen derjenigen deutschen Schuldner, die sich dem Reichsausgleichsamt gegenüber zur Zahlung des Tageskurses außerstande erklären, um durch Veröffentlichung ihrer Namen in den alliierten Ländern

einen Druck auf sie auszuüben.

Schließlich verlangt die französische Regierung binnen einer **Frist von zehn Tagen**, die vom 26. Juli läuft, eine Erklärung der deutschen Regierung, daß das deutsche Ausgleichsamt künftig die Pauschalsumme von zwei Millionen Pfund zahlen wird und kündigt an, daß sie andernfalls **gewisse nicht näher bezeichnete Maßnahmen** in Wirksamkeit treten lassen werde.

*

Belgien antwortet entgegenkommender.

Im Gegensatz zu dieser schroffen französischen Note hat, wie die „Agence Belge" meldet, die belgische Regierung auf das deutsche Ersuchen geantwortet, sie wünsche das Ersuchen um ein Moratorium für die Reparationszahlungen und das Ersuchen um Verminderung der Ausgleichszahlungen gemeinsam zu behandeln, wie sie sie stets als gemeinsam betrachtet habe und wie sie es nach dem Versailler Vertrage seien, der die Priorität der Wiedergutmachungen vor allen anderen Verpflichtungen Deutschlands aufstelle. —

Frankreich hat demnach wieder einmal als einziger der Alliierten mit grobem Geschütz geschossen, während selbst sein getreuester Trabant Belgien sich vernünftigen Erwägungen nicht mehr unzugänglich zeigt.

Schutzgesetz und Staatsrechtslehrer.

Zwei widersprechende Rechtsgutachten.

Der Breslauer Staatsrechtslehrer Professor Axel Freih. v. Freytag-Loringhoven stellt in einem in der „Deutschen Zeitung" veröffentlichten Aufsatze fest, daß bei dem Erlaß des Gesetzes zum Schutze der Republik ein schwerer Formfehler begangen worden ist. Die Gesetze seien zwar unbestritten im Widerspruch mit der Weimarer Verfassung, stellten jedoch keine Verfassungsänderung im eigentlichen Wortsinne dar. Nach wie vor bestünden die Artikel 118, 123 und 124 zu Recht, nach denen jeder Deutsche das Recht hat, seine Meinung auf beliebige Weise frei zu äußern, sich ohne besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln, Vereine und Gesellschaften zu bilden. Diese Bestimmungen seien weder aufgehoben noch in ihrer Wirkung beschränkt worden. Professor v. Freytag schreibt alsdann:

Wollte man eine Verfassungsänderung, wie Artikel 76 sie vorsieht, so mußte man eine Aenderung des Wortlautes der Verfassung vornehmen. Man mußte die Artikel 118, 123, 124 ausdrücklich aufheben oder ihnen zum mindesten ausdrücklich eine Einschränkung beifügen, die einen Hinweis auf die Schutzgesetze enthielt. Nur auf solchem Wege konnte bekundet werden, daß Reichstag und Reichsrat den Ernst der von ihnen gefaßten Beschlüsse erkannten, nur so konnte der Vorwurf einer Täuschung des Volkes vermieden werden.

*

Der Ordinarius für Staatsrecht an der Universität München, Prof. Dr. Karl Rothenbücher, hielt auf Einladung des Bayernbundes für Deutschlands Neuhau einen Vortrag über das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Bayern und dem Reiche. Er führte dabei aus:

Wenn er, Redner, bayerischer Richter wäre, würde er sich für verpflichtet halten, nach dem deutschen Reichsgesetz zu verfahren und die bayerische Verordnung als nichtig und nicht bestehend zu erachten. Die Folge davon sei, daß kein Angeklagter die Zuständigkeit des Gerichtes anzuerkennen brauche. Der Staatsgerichtshof sei noch nicht im mindesten behindert, eine Angelegenheit an sich zu ziehen oder der Reichsanwalt behindert, bayerische Beamte zur Rechtshilfe aufzufordern. Es sei ihm schmerzlich, dies mit aller Bestimmtheit sagen zu müssen, weil er sich damit in einen Gegensatz stellen müsse zu Leuten, die er als Juristen und Persönlichkeiten achte. Auch in Berlin seien Fehler gemacht worden, aber das gestatte Bayern nicht, größere Fehler zu machen.

Regen und Ernte.

Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats.

In der abgelaufenen Berichtswoche hatte es alltäglich mehr oder weniger Regen gegeben, der für die Förderung der Roggenernte außerordentlich förend war und allmählich ernste Besorgnis wegen der Qualitäten veranlaßten. Bei den bisher geernteten und bereits im Handel befindlichen Oelsaaten und der Wintergerste zeigen sich die Folgen der ungünstigen Witterung bereits recht bedenklich, indem der Raps sehr klamm ist und dadurch beim Transport ernsten Gefahren ausgesetzt ist. Bei der Wintergerste, die, wie wir schon vor acht Tagen sagten, durchschnittlich ein sehr flaches Korn besitze, kommt auch manche notreife Partie an den Markt, die mehr aus Schale als aus Korn besteht. Wie sich aus solchen Verhältnissen für diese Artikel bereits ernste Qualitätsdifferenzen im Handel ergeben, so fürchtet man für alle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220801-10/fragment/page=0001

Getreidearten weniger befriedigende Beschaffenheit als im Vorjahr.

Als Folge dieses Umstandes gab sich ein täglich zunehmendes Bestreben der Verarbeiter des Getreides und der Kaufleute kund, sich von den noch vorhandenen alten Vorräten so viel als möglich zu sichern. Besonders viel gesucht war der Weizen, der sich aber sehr knapp macht und bei weiter anziehenden Notierungen allmählich einen Mehrwert gegenüber dem Roggen von 340 Mark erreichte, während er vor acht Tagen etwa 310 Mark betrug. Für Roggen bestand während der ganzen Woche Kauflust. Von neuem Roggen kam in den letzten Tagen meist auf Lieferung August-September-Abladung manches Geschäft zustande, wobei die Bedingungen auf „gesund, trocken, in Durchschnittsqualität neuer Ernte" lauteten. Die Preise wichen von denen der alten Ware nicht viel ab. In Gerste war alte Sommergerste dringlich gesucht, denn bezüglich der neuen Ware hegt man infolge der bisherigen Wetterangriffe auch Bedenken. In Hafer ist die Situation ähnlich. Mais geht im Inlande zum Konsum recht schleppend und deshalb war besonders die zweite Hand alltäglich mit billigerem Angebot im Markt, als neu zu beziehen war. In Weizenmehl gab sich ein laufendes gutes Geschäft kund, und auch Roggenmehl war in befriedigendem Absatz, sodaß die Preise weiter anzogen.

*

Preisnotierungen.

Getreidenotierungen in Mark je Tonne. Chicago: Weizen 20 563—20 048. Mais 12 322—12 398. Berlin: Weizen 24 300—24 600. Roggen 17 700—17 800, Gerste 22 000—20 700. Hafer 21 000—22 500, Mais 17 600 bis 18 800. Hamburg: Weizen 24 200—24 600. Roggen 17 600—18 200. Hafer 21 400—21 800, Gerste 21 000 bis 21 600, neue Ernte 19 800—20 300, Mais 17 800—18 000. Bremen: Weizen 26 000 (englischer 29 000), Roggen 19 200, Mais 18 800—19 600, amerikanischer Hafer 21 400, Gerste 23 000. Mannheim: Weizen 26 000—26 500, Roggen 20 000—20250, Hafer 23 000—23 250, Mais 21 500. Köln: Weizen 24 250—24 500, Roggen 19 500—19 750, Hafer 23 000—23 250. Gerste (neue Ernte) 21 000 bis 21 500. Mais 20 000—21 500.

Kartoffelpreise der Notierungskommission in Mark je Zentner. (Erzeugerpreise.) Berlin: Weiße 340—350, Rosen 300—310. Blaue 370—380. Frankfurt a. M.: (Großhandelspreise.) 500—520.

Butterverspeiserungen. Berlin: 206 Faß zu 9280 M. im Durchschnitt. Höchstpreis 9760, niedrigster Preis 7750 M. Hamburg: 401 Faß 1. Qualität zu 9112 M. im Durchschnitt. Höchstpreis 9135, niedrigster Preis 9000 M. 3 Faß 2. Qualität zu 8943 M. im Durchschnitt. Bremen: 269 Faß 1. Qualität. Höchstpreis 9570, niedrigster Preis 8800 Mark. 2. Qualität 7800—8700 Mark.

Schlachtviehpreise

in Mark je Zentner Lebendgewicht:

	Berlin:	Hamburg:	Köln:	Mannheim:
Ochsen	2400—3700	2200—3700	2900—4500	2500—4100
Bullen	2800—3600	2000—3350	2900—4100	2800—3700
Kühe	1600—3600	1800—3700	1700—4300	1800—4100
Kälber	3000—4800	2700—4400	3500—5800	3600—4300
Schafe	1900—4200	3400—4100	2400—3500	1800—2800
Schweine	6000—7000	6000—7500	6000—7000	6300—7000

Deutsches Reich.

31. Juli 1922.

° **Der preußische Amnestie-Ausschuß**, der nach dem Amnestiegesetz von den Beteiligten angerufen werden kann, setzt sich aus folgenden Landtagsabgeordneten zusammen: Dr. Siegfried Nosenfeld (Ersatzmann Kuttner), Gottwald-Berlin (Frau Heseberger), Dr. Seelmann (Dr. Kaufmann), Dr. Kriege (Dr. v. Eynern), Dr. Liebknecht (Lefd), Nuschke (Dr. Preuß), Hensel-Halle (Dr. Mayer-Ostpreußen). Zur Frage von Gnadenerweisen gegenüber den aus Anlaß des Februarstreiks verurteilten Eisenbahnern hat der preußische Justizminister die nötigen Anordnungen zur Prüfung der einzelnen Fälle gegeben.

° **Wegen Nathenau-Beleidigung verhaftet.** In Karlsruhe nannte bei einer Tischunterhaltung über politische Angelegenheiten ein junger Student den ermordeten Minister Rathenau einen Gesinnungslumpen, der vor und während des Krieges anders gedacht und geschrieben habe als nach dem Kriege. Einer der Gäste erhob sich, legitimierte sich als Kriminalbeamter und erklärte den Studenten auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik für verhaftet. Der Verhaftete wurde sofort ins Gefängnis gebracht.

° **Die Tätigkeit Ludendorffs in Bayern** bildete den Gegenstand einer kleinen Anfrage, die von kommunistischer Seite im bayerischen Landtage eingebracht war. Sie wurde dahin beantwortet, daß es als falsch bezeichnet werden muß, daß in den Aeußerungen Ludendorffs gegenüber dem Berliner Korrespondenten des „New York Herald" ein Versuch zu erblicken sei, sich der Entente als Söldnerführer gegen Rußland anzubieten. Auch die Behauptung, daß Ludendorff eine hetzerische und verleumderische, das Reich schädigende und der Entente Vorschub leistende Tätigkeit entwickele, sei nicht gerechtfertigt.

° **Wiederverhaftung von Dr. Stein.** Der von der Berliner politischen Polizei wegen Begünstigung der Rathenaumörder festgenommene Mieter der Burg Saaleck, Schriftsteller Dr. Stein, sowie der ebenfalls wegen Begünstigung von der Berliner Polizei festgenommene Kapitänleutnant a. D. Wolfgang Dietrich aus Erfurt, sind nicht vom Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes, sondern von dem zuständigen Berliner Amtsrichter auf freien Fuß gesetzt worden. Der Oberreichsanwalt hat sofort, als er von dieser Freilassung Kenntnis erhielt, die neuerliche Festnahme von Dr. Stein und Dietrich angeordnet. Daraufhin ist Dr. Stein, der sich noch in Berlin aufhielt, von der Berliner Polizei wiederum festgenommen worden. Die Hauptverhandlung in der Mordsache Rathenau wird übrigens, wie amtlich mitgeteilt wird, bereits im September stattfinden. Ein genauer Termin läßt sich noch nicht angeben, da der vom Staatsgerichtshof eingesetzte Untersuchungsrichter noch mit der Bearbeitung der Angelegenheit beschäftigt ist.

° **Zum Streit um Fridericus Rex** wird gemeldet, daß die Film-Prüfstelle angewiesen worden ist, davon Kenntnis zu nehmen, daß das Gesetz zum Schutze der Republik auch auf die Filmprüfung Anwendung zu finden hat. Die Oberprüfstelle selbst wird erneut zum Fridericus Rex Stellung nehmen müssen, denn Thüringen wird voraussichtlich in den allernächsten Tagen den Antrag stellen, die Vorführung des Films im Widerruf-Verfahren zu verbieten.

Das Kohlen-Defizit.

Berlin, 30. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichskohlenrates gab der Geschäftsführer des Reichskohlenrates, Berghauptmann Bennhold, ein erschütterndes Bild von der deutschen Kohlennot. Der Redner gelangte zu dem vernichtenden Ergebnis, daß uns unter Zugrundelegung des deutschen Verbrauchs von 1913 nach dem Vorkrieg der oberschlesischen Gruben jetzt eine Menge von rund 39 Millionen Tonnen Steinkohle jährlich fehlt, die durch Einfuhr gedeckt werden muß, wenn die deutsche Wirtschaft ausreichend mit Kohle versorgt sein soll. Im Jahre 1913 ergab sich dagegen in der deutschen Kohlenwirtschaft ein Ausfuhrüberschuß von rund 34 Millionen Tonnen, so daß sich also die deutsche Kohlenhandelsbilanz gegen 1913 um rund 73 Millionen Tonnen Steinkohle verschlechtert hat. Am Schlusse seines Vortrages regte der Redner an, aus der Mitte des Reichskohlenrats eine Abordnung an den Reichskanzler zu entsenden, um ihm nochmals eindringlich die gefährliche Kohlenlage Deutschlands vor Augen zu führen.

Die letzte Amtshandlung des Grafen Zech in München.

München, 30. Juli. Die Ueberreichung des Briefes des Reichspräsidenten dürfte die letzte Amtshandlung des Reichsgesandten Grafen Zech gewesen sein. Es verlautet, daß Graf Zech schon in den allernächsten Tagen einen Urlaub antritt, aus dem er nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren wird.

Das neue Strafgesetzbuch.

Berlin, 30. Juli. Die Vorarbeiten zu dem Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches sind soweit gefördert, daß der Entwurf nebst Begründung voraussichtlich im Laufe des August dem Reichskabinett vorgelegt werden wird.

Schiedsspruch im Handelsmarinestreik.

Hamburg, 30. Juli. Gestern wurde vom Schlichtungsausschuß ein Schiedsspruch gefällt, der den Schiffsingenieuren, Schiffsoffizieren, Ingenieuren, Heizern usw. eine Erhöhung der Heuern um 90 Proz. auf die April-Heuern zubilligt. Die strittige Ueberstundenfrage soll durch ein vorläufiges Abkommen geregelt werden.

° **Französischer Protest zum Fall Leoprechting.** Im Zusammenhang mit der Rede des Grafen Lerchenfeld, der erklärt hatte, die bayerische Regierung werde in Berlin wegen Abberufung des französischen Gesandten in München vorstellig werden, bestätigt sich nunmehr die Nachricht, daß der französische Gesandte in Berlin, Laurent, bei der Reichsregierung mündlich vorstellig geworden sei wegen der Einbeziehung der französischen Regierung in den öffentlichen Prozeß Leoprechting.

Kleine politische Nachrichten.

° **Berlin.** Der neue Reichsgerichtspräsident Dr. Simons wird seine Amtsgeschäfte am 1. Oktober übernehmen. Der Reichspräsident wird ihn selbst in sein Amt einführen.

° **Ohligs.** Dem Vernehmen nach ist, wie die „Kölnische Zeitung" meldet, in Ohligs der unabhängige Gewerkschaftssekretär Sauerbrey als Bürgermeister von Ohligs vom Minister des Innern Severing bestätigt worden.

Auslands-Rundschau.

Ein Kommunistenprozeß in Paris.

+ Das Pariser Strafgericht verurteilte die kommunistischen Parteiführer und Kammerdeputierten Marcel Cachin und Vaillant-Couturier zu je 500 Franken und den Kommunisten Peri zu 100 Franken Geldstrafe wegen Aufreizung von Militärpersonen zu Unruhen. Die Angeklagten hatten den Vorsitzenden des Gerichts wegen Befangenheit abgelehnt, doch war ihr Ablehnungsantrag als nicht zulässig verworfen worden.

Lloyd George über den kommenden Krieg.

+ Bei einem Festessen einer protestantischen kirchlichen Vereinigung in London hielt Lloyd George eine Rede, in der er die Befürchtung aussprach, daß früher oder später Europa in neue Kriegswirren hineingerissen wird. „Es muß die allererste Aufgabe der Kirche sein", fuhr er fort, „darüber zu wachen, daß nicht wieder ein neues Elend über die Welt heraufbeschworen wird. Vor allem aber muß darauf geachtet werden, daß keine Nation neue Rüstungen unternimmt. Ein neu ausbrechender Krieg wird mit noch schrecklicheren Waffen als der letzte große Weltkrieg geführt werden. Waffen, die man da noch nicht kannte, werden verwendet werden. Wenn die englischen und amerikanischen Kirchen gestatten, daß von neuem ein entsetzliches Blutvergießen beginnt, so tuen sie besser, überhaupt nicht mehr zu lehren. Der kommende Krieg wird ein Krieg gegen die Zivilisation sein. Wir haben nach reiflicher Ueberlegung die Rüstungen zu Lande, zur See und zur Luft herabgesetzt. Wenn alle Nationen genau so handeln, wird keine Gefahr für den Frieden bestehen. Eine Schwierigkeit ist die, daß eine Nation verteidigungslos bleibt, während die anderen alle erdenklichen neuen Mittel zu seiner Zerstörung ersinnen. Ich habe mein Auge in Hoffnung auf den Völkerbund gewendet. Möge es ihm gelingen, die Zivilisation zu retten!"

Die unbestimmte Zeitangabe der Londoner Konferenz.

+ Der Zeitpunkt der Zusammenkunft Lloyd Georges mit Poincaré steht noch nicht fest. Das englische Aranment, das die Mitwirkung belgischer

---

Tausendfältig Unglück.

Roman von H. Hill.

17 (Nachdruck verboten.)

Um dieses Ziel zu erreichen, mußte sie sich vor der Ankunft von Zuschauern davonmachen.

Die würden wahrscheinlich aus dem Dorf Chipping Wynern kommen, das Janet heute morgen passiert hatte, und da man in ihr sicherlich die Persönlichkeit erkannt hatte, die nach dem Mühlhause gefragt hatte, brach sie in die entgegengesetzte Richtung auf. Es war beinahe finster, und ihre Uhr lehrte sie, daß es gerade neun war. Die steinige Straße entlang wollend, versuchte sie, sich einen Plan zu machen, und hier ließ sie ihre Unerfahrenheit, die durch die Umgebung, den Gebieten zu bestehen, verstärkt wurde, einen großen Fehler begehen. Sie war in ihren Nachforschungen bis zu einem Punkte gelangt, wo sie eines vertrauenswürdigen Ratgebers bedurft hätte; das klügste wäre gewesen, nach London zu fahren und das Vorgefallene dem Anwalte anzuvertrauen, der Rivington im Prozeß verteidigt hatte. Statt dessen zögerte sie, ob sie direkt zur Polizei gehen oder ob sie eine Klage bei einer Amtsperson erheben sollte.

Nachdem sie mehr als eine Meile gegangen war, führte der Weg sie auf eine breite Landstraße, und hier übernahm es nach einer weiteren Viertelstunde der Zufall, die Frage zu lösen. Sie kam zur Portierloge im Gittertore eines großen Herrenhauses, und da aus der offenen Tür der Loge ein Lichtschein drang, blieb sie stehen, um den Weg nach Brentwood zu erfragen.

„Noch ungefähr vier Meilen," antwortete ein alter Mann, der beim Kamin saß, und deutete in die Richtung, aus welcher sie gekommen war.

So mußte also Janet sich noch vier mühselige Meilen weit schleppen, ehe sie das fürchterliche Geheimnis enthüllen konnte. Sie hatte sich eingeredet, daß, wenn die Behörden ihre Geschichte erfahren würden, ein bloßer Federstrich genügen würde, Rivington zu rehabilitieren und Roger Marske an seine Stelle zu bringen. Es war sehr schmerzlich, noch eine Stunde warten zu müssen, und die zweite Alternative fiel ihr ein.

Sie fragte: „Können Sie mir sagen, wo die nächste Gerichtsperson wohnt?"

Der Portier blinzelte sie sonderbar an, als er antwortete: „Sie scheinen eine Fremde zu sein; jeder weiß, daß mein Herr Friedensrichter ist, kein gewöhnlicher, sondern Friedensrichter vom Quartalgericht." fügte er stolz hinzu und deutete auf die Lichter des großen Hauses unter den Bäumen.

Ihm für seine Auskunft dankend, trat Janet in den Torweg, und erst als sie denselben zu zwei Drittteln durchschritten hatte und aus dem Park in den Ziergarten gelangte, erinnerte sie sich daran, daß sie nach dem Namen seines Herrn hätte fragen sollen. Es war vielleicht nicht wirklich wichtig, sondern nur nützlich, um Zutritt zu erlangen. Indessen wurde sie aller Förmlichkeiten überhoben. Als sie sich dem Portal näherte, verspürte sie den Duft einer Zigarre, und auf der Wiese vor dem Schlosse sah sie die vorgebeugte Gestalt eines Mannes im Gesellschaftsanzuge in dem Licht, das aus einer offenen Glastür brach.

Er mußte ihre Ankunft beobachtet haben, denn er kam ihr rasch entgegen, mit einem Eifer, der einen angeblich so bedeutenden Manne nicht wohl anstand. Im nächsten Augenblicke gab er ihr mit einer schrillen gebieterischen Stimme die Erklärung für seine Neugier.

„Sie sind die junge Dame vom Postamt und haben ein Telegramm für mich, nicht wahr?" fragte er, als er vom Grasplatz auf den Kies schritt. Und er streckte die Hand aus, um die erwartete Botschaft in Empfang zu nehmen.

„Nein," antwortete Janet. „Ich komme nicht vom Postamte. Man hat mir in der Portierloge gesagt, daß Sie eine Amtsperson sind, und ich wünsche Sie in einer dringenden Angelegenheit zu sprechen, um eine Klage vorzubringen."

Ein verdrießlich klingender Ausruf entschlüpfte ihm, aber er benützte sich, denselben durch eine höfliche Bewegung gegen die offene Fenstertür gutzumachen. Janet konnte ihn in der Mischung des erstarbenden Tageslichtes und des aufsteigenden Mondes nur unklar sehen; sie empfing aber den Eindruck, daß er ebenso klug als herrisch aussah.

„Wenn Sie so freundlich sind, hier einzutreten," sagte er, vorangehend, „so werden wir es der Dienerschaft ersparen, die Tür zu öffnen. Dies ist mein Arbeitszimmer, aber ich benütze es auch nach dem Speisen als Rauchkabinet."

In der Dämmerung des Gartens hatte sie ihn für einen Landedelmann gehalten, der enttäuscht war, in ihr nicht die Ueberbringerin eines Telegramms zu sehen, das ihm das Resultat irgend eines Rennens, an welchem er ein Interesse hatte, ankündigte. Hier, in dem beschatteten Lampenlicht des luxuriösen Zimmers sah sie sofort ihren Irrtum ein; derjenige, dem sie ihre Beschuldigung gegen Roger Marske mitteilen wollte, war kein Sportsmann der gewöhnlichen Bedeutung des Wortes. Es war ein alter Herr von einer bleichen, ungesunden Gesichtsfarbe, die von langem Wachen und Stadtleben sprach, und nur seine brennenden Augen, die tief in den Höhlen lagen, hatten dem physischen Verfall getrotzt.

Er richtete dieselben forschend auf die Besucherin, als er sich an einen großen Tisch setzte, und jetzt erst dachte Janet daran, wie wenig vertrauenerweckend nach der Kletterpartie an der Dachrinne ihre äußere Erscheinung sein mochte.

„Sie sehen aus, als wäre Ihnen übel mitgespielt worden. Wünschen Sie eine Beschuldigung wegen eines Angriffes vorzubringen?" fragte er scharf und nahm Feder und Papier zur Hand.

„Ich wünsche eine Klage wegen Mordes und versuchten Mordes gegen einen gewissen Roger Marske vorzubringen," antwortete Janet eifrig.

Langsam, sehr langsam legte er die Feder zurück, und seine Fingerspitzen aneinanderschließend, stützte er das Kinn darauf, während er das junge Mädchen musterte. Die Prüfung währte eine volle Minute.

„Und wen soll — diese Person ermordet und zu morden versucht haben?" fragte er jetzt in einem Tone, der nicht sehr vielversprechend klang . . . nicht ungläubig, aber mit einer gewissen Feindseligkeit, die sie unbewußt herausspürte. Während er die Frage stellte, verzog er sein Gesicht in seltsamer Weise — es sah kaum wie ein Lächeln aus —, aber Janet konnte bemerken, daß seine wenigen Zähne scharf und gelb waren und wie die Fangzähne eines alten Hundes.

„Ich beschuldige ihn, eine junge Dame namens Klara Rivington und deren Mutter ermordet zu haben," erwiderte sie, für den Augenblick die zweite, ihr weniger wichtige Hälfte seiner Frage unbeantwortet lassend. „Die Sache ist dringend, weil ein vollkommen unschuldiger Mann des Verbrechens bezichtigt worden ist und gehenkt wird, wenn man ihn wieder ergreift."

„Wieder ergreift! . . . Und der Name des Angeklagten?" fragte der Richter in seinem scharfen Diskant, und warf ihr einen Blick zu, der nicht viel Gutes verkündigte.

„Arthur Rivington — der Gefangene, der aus dem Winchestergefängnis entsprungen ist; Sie müssen davon gehört haben," sagte sie. Und dann erfaßte sie eine große Angst, daß er sie fragen könne, ob sie seit seiner Flucht mit Rivington zusammengetroffen oder in Verbindung getreten sei. Sie mußte lügen, wenn es dazu kam, denn sie konnte diesem alten, unsympathischen Manne mit dem seltsamen Benehmen nicht beichten, daß sie ihren Verlobten gesehen hatte. Aus demselben Grund waren ihre Lippen in Bezug auf den Anschlag gegen Lord Alphington versiegelt, denn dies konnte sie ja nur von Rivington erfahren haben. Zweifellos würde man sie nach ihrem Namen fragen; und wenn man von ihrem Zusammensein mit Rivington erfuhr, konnte man ihn aufspüren, ehe sein Leben gesichert war. Aber sie hatte es nicht nötig zu lügen.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220801-10/fragment/page=0002

und italienischer Delegierter wünschenswert sei und deshalb wegen der noch ungelösten italienischen Krise der beabsichtigte Termin des 1. August nicht eingehalten werden könne, ist an sich sachlich, ebenso würde eine Verschiebung auf die zweite Hälfte des August gewisse Urlaubspläne beeinträchtigen. Trotzdem erscheint es durchaus zweifelhaft, ob das englische Kabinett eine solche Verzögerung beabsichtigt. Dagegen hat Poincaré die englische Regierung wissen lassen, daß es nach seiner Ansicht besser wäre, wenn die geplante Zusammenkunft vor dem 15. August stattfinden würde. Falls die englische Regierung eine Vertagung der Zusammenkunft bis zum September für notwendig halte, werde Frankreich einen schriftlichen Meinungsaustausch herbeiführen.

Die italienische Krise vor der Lösung?

Rom, 30. Juli. de Nava lehnte die Mission einer neuen Kabinettsbildung ab. Der König wird Orlando empfangen. Die faszistischen Kreise scheinen die Auflösung der Kammer zu begünstigen. Die Volksparteiler und Sozialdemokraten sind dagegen. Da die demokratischen Gruppen sich auf ein gemeinsames Aktionsprogramm verständigt haben, dürfte die Krise vor der Entscheidung stehen. Es ist wahrscheinlich, daß Orlando das Kabinett bildet. Das Ministerium des Innern hat zur Unterdrückung der Faszistentumulte in Romagna die Ausweisung aller dahin nicht zuständigen Personen verfügt. Die Städte Forli, Ravenna und Rimini mit starkem Polizeiaufgebot versehen und mit Militär besetzen lassen. Der Präfekt von Rimini ist des Amtes enthoben worden. Die Ruhe wurde wieder hergestellt.

Griechischer Vormarsch auf Konstantinopel?

London, 30. Juli. Der griechische Gesandte soll dem Londoner Auswärtigen Amt eine Note übermittelt haben, worin die griechische Regierung ihre Absicht ankündige, ihre Aktionsfreiheit bezüglich der Regelung der Orientfrage wiederzunehmen, nachdem die Vermittlungsmethoden und -Vorschläge zu keinem Ergebnis geführt haben. Was für eine Aktion geplant ist, ist in der Note nicht angedeutet, doch werden hartnäckig Gerüchte von einem geplanten Marsch auf Konstantinopel verbreitet. In London stellt man diesen Plan als sehr unwahrscheinlich dar, jedenfalls hat aber der Oberbefehlshaber der alliierten Besatzungstruppen in Konstantinopel den senegalesischen und den französischen Truppen den Befehl erteilt, den Bezirk von Tschataldscha zu besetzen und sich einem etwaigen Vormarsch der Griechen auf Konstantinopel zu widersetzen.

Kriegerische Verwicklungen auf dem Balkan.

Vormarsch der Griechen gegen Konstantinopel?

Paris, 31. Juli. Nach einer Havasmeldung aus Athen wird dort versichert, die Unabhängigkeit Joniens werde heute verkündet werden. Die Muselmanen seien aufgefordert worden, an diesen Kundgebungen teilzunehmen. — Nach einer Havasmeldung aus Konstantinopel dauern die griechischen Landungen in Rodosto an. Die gelandeten Streitkräfte werden auf 25 000 Mann geschätzt. Eine griechische Patrouille, die in die neutrale Zone eingedrungen war, sei nach kurzem Gefecht von türkischer Gendarmerie zurückgewiesen worden.

Athen, 31 Juli. Der britische Geschäftsträger hat bei der griechischen Regierung Vorstellungen gegen den Plan eines Vorgehens gegen Konstantinopel erhoben.

London, 31. Juli. Reuter meldet aus Malta: Ein Bataillon Infanterie erhielt Befehl nach Konstantinopel zu gehen.

Korfanty wieder abgesetzt

Warschau, 30. Juli. In einer Sitzung des Hauptausschusses des Sejm wurde beschlossen, den Beschluß, mit dem der Abgeordnete Korfanty zum Ministerpräsidenten designiert war, aufzuheben. Staatschef Pilsudski designierte hierauf den Rektor der Jagellonischen Universität Julius Nowak zum Ministerpräsidenten. Dieser schreitet sofort zur Kabinetsbildung.

London, 30. Juli. (Havas.) Der französische Botschafter hat gestern nachmittag Lord Balfour erneut erklärt, Poincaré wünsche immer noch vor dem 15. August mit Lloyd George zu verhandeln. Er halte diese Unterredung für eilig und sei der Ansicht, daß die Vertreter Italiens und Belgiens an der Verhandlung beteiligt werden müßten. Da Lloyd George bis Montag anwesend sei, könne man eine Entscheidung über die Konferenz erst Anfang nächster Woche erwarten.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 31. Juli 1922.

— **Die hellen Nächte sind nun vorüber**. Die Sonne steht jetzt um Mitternacht mehr als 18 Grad unter dem Horizont, so daß ihre Strahlen die oberen Schichten der Erdatmosphäre nicht mehr erreichen, die durch die Strahlenbrechung entstehende Dämmerung also wieder aufhört. Damit ist die fortwährende Dämmerung, die am 21. Mai begonnen für dieses Jahr beendet.

Zum Scheiden des Regierungspräsidenten Herrn v. Gersdorf wird gemeldet: Ueberall wurden nur Stimmen der Anerkennung und des Lobes über die Art seiner Amtsführung laut, auch von den demokratischen Blättern. So schreibt die „Saale-Ztg.": „Schon lange vor dem Kriege war ihm gerade von den Parteien, auf deren Boden er nicht stand, das Zeugnis ausgestellt worden, er verwalte sein Amt ohne Ansehen der Person und Partei. Die Presse kann von sich aus diese Feststellung bestätigen. Gerade ihr gegenüber hat Herr v. Gersdorf stets, als das in Preußen-Deutschland noch recht wenig üblich war, volles Verständnis aufzubringen gewußt. Er erleichterte der Presse, wo er nur konnte, ihre Aufgaben, weil er der Ansicht war, die Presse arbeite nicht in erster Linie für sich, sondern für die Allgemeinheit. Stets war er zu Auskünften bereit und zwar in Formen, die den Verkehr mit ihm zu einer Annehmlichkeit machten. Wie vorteilhaft unterschied er sich da von seinen Amtsvorgängern oder von Dutzenden der ihm unterstellten Regierungsbeamten! Mit der Bürgerschaft in Merseburg und darüber hinaus stand er in enger Verbindung, wie selten ein Mann an seiner Stelle."

— Der **Wert** der deutschen **Mark** betrug am Sonntag in Amerika 0,67 Friedenspfennige. Das entspricht einer Dollarbewertung von 629,50.

— Unter starker Beteiligung wurde gestern nachmittag der auf Grube von Voß verunglückter Häuer, Stadtverordneter Otto Knobloch begraben. Alle Arbeitervereine, die Stadtverordneten und der Magistrat erwiesen dem Toten die letzten Ehre. Unter Trommelwirbel bewegte sich der Zug nach dem Friedhof, wo der Redakteur des Volksboten, Herr Bergholz, die Rede hielt.

— Ein kurzes doch äußerst **heftiges Gewitter** entlud sich heute nachmittag gegen 5 Uhr über unserer Gegend. Schloßen in fast Hühnereigröße richteten an Fenstern, in Flur und Gärten große Verwüstungen an. Ein großer Teil der Obsternte ist vernichtet.

Halle. Die Bäckergesellen in Halle stellen neue Lohnforderungen und zwar verlangen sie 700 Mk. Aufschlag pro Woche. Die Entscheidung fällt in der nächsten Woche. Da auch der Mehlpreis in der nächsten Zeit um 700 Mk. je Doppelzentner erhöht wird, macht man sich in Halle zum 15. August auf einen Brotpreis von ungefähr 30 Mk. gefaßt.

Eisleben. Eine Erdsenkung erfolgte auf der Wendelsteinstraße. Sie wird ebenso wie die im vergangenen Winter auf dem Schenkenplatz stattgefundene in Zusammenhang gebracht mit einer unterirdischen Quelle, da reines Wasser ihren Boden bedeckt.

Magdeburg. Gestern besuchte der Reichspräsident noch das hiesige Rathaus und besichtigte es unter Führung des Oberbürgermeisters. Von da aus begab er sich zum Stadttheater, ein Gegenstand andauernder Ovationen, und hörte den Schlußakt der „Meistersinger". Um 8 Uhr abends erfolgte die Abreise nach Berlin.

Dessau. Die Rattenplage, die mit städtischen Mitteln bekämpft wurde, ist nicht wesentlich gebessert, da die Bekämpfung nicht einheitlich durchgeführt wurde. Einzelne Wohnstätten sind fast unbewohnbar geworden.

Zschorgula. Am Freitag mittag gegen 12 Uhr wurde der gesuchte Ein- und Ausbrecher Franz Woitzek in seiner Wohnung hierselbst ermittelt und von 4 Polizeibeamten gestellt. Bei seiner Festnahme leistete er heftigsten Widerstand und stürmte mit einer Axt auf einen Beamten zu. Derselbe rief ihn dreimal an und als Woitzek zum Hiebe ausholte, machte der Beamte in der Notwehr von seiner Waffe Gebrauch und gab einen Schuß auf W. ab. Woitzek ist den erlittenen Verletzungen bald darauf erlegen.

Dippoldiswalde, 29. Juli. (Raubüberfall.) Die Inhaberin eines hiesigen Schuhwarengeschäfts wurde von einem Mitte der 20er Jahre stehenden Manne, der ein Paar Schuhe gekauft hatte, plötzlich überfallen, zu Boden geworfen und unter Bedrohungen am Hilferufen verhindert. Der unbekannte Räuber raubte darauf die Ladenkasse mit etwa 3—400 Mark aus und suchte das Weite. Trotz sofort aufgenommener Verfolgung ist er entkommen.

Berlin. In dem Radrennen München-Berlin siegte der Berliner Fahrer **Richard Huschke**, der die Strecke von 101,7 Kilometern in 26 Stunden 12 Minuten 18 Sekunden zurücklegte. In der Radrennfahrt Berlin-Dresden über 200 Klm. siegte Longarz in 7 Stunden 22 Minuten 35,4 Sekunden.

Bebra. (Um 200000 Mk. im D-Zug bestohlen.) Im D-Zug Hamburg—Bebra—Frankfurt a. M. wurden einer Ausländerin 200000 Mark gestohlen, die sie in der Handtasche aufbewahrt hatte. Der Täter ist unterwegs ausgestiegen und entkommen.

Staßfurt. Auch hier tritt der Typhus vermehrt auf und zwar lassen sich alle Fälle auf die Epidemie 1920 zurückführen.

Vienenburg. Umfangreichen Diebstählen ist man bei der hiesigen Güterabfertigung auf die Spur gekommen. Mehrere Personen sind verhaftet.

Oschersleben. Den Tod in der Bode gesucht hat der 21jährige Arbeiter Arthur Fedder aus Schöningen, der wegen eines chronischen Leidens im hiesigen Krankenhause weilte. Zur Sicherheit hatte er sich einen schweren Stein um den Hals gehängt. Der Grund ist in dem unheilbaren Leiden zu suchen.

4 Millionen Mark unterschlagen.

Lübeck, 30. Juli. Nach Unterschlagung von 4 Millionen Mark, wahrscheinlich in Tausendmarkscheinen, wurde der Posthilfsschaffner Friedrich Arnhold flüchtig.

Allerlei aus aller Welt.

* **Das Grubenunglück auf der Zeche Neu-Iserlohn.** Zu dem Gruben-Unglück auf der Zeche Neu-Iserlohn bei Lütgen-Dortmund wird noch gemeldet: Auf der Zeche sind bei der Ausfahrt der Morgenschicht fünf Bergleute dadurch zu Tode gekommen, daß der Förderkorb im Schacht mehrere Spurlaschen losriß und der Korb sich im Schacht festklemmte. Die Verunglückten stürzten in die Tiefe und waren sofort tot. Außer den fünf Toten haben noch mehrere andere Bergleute und Beamte Verletzungen davongetragen, die zum größten Teil jedoch leichter Natur sind.

* **Gefangenenrevolte in Cuxhaven.** Im Gerichtsgefängnis zu Cuxhaven überfielen zwei Gefangene einen Gefängniswärter und versuchten, ihn zu knebeln. Einer von ihnen entriß dem Wärter die Schlüssel und hatte bereits mehrere Zellen geöffnet. Der Gefängniswärter biß dem einen Häftling aber derart in den Finger, daß dieser laut aufschrie, so daß andere Gefängniswärter herbeieilten und somit die drohende Meuterei vereiteln konnten.

* **Gegen das Amtsdeutsch.** Eine beherzigenswerte Mahnung richtet die Eisenbahngeneraldirektion Dresden an ihre Beamten: „Häufig leiden amtliche Schreiben, Berichte und Bekanntmachungen, noch an den Schwächen des sogenannten Kanzleistils", so heißt es da. „Der Eisenbahnverkehr erfaßt alle Kreise der Bevölkerung. Dienstliche Erlasse wenden sich an Mitarbeiter aller Bildungsgrade. Es geht daher nicht an, daß sich der Eisenbahnbeamte einer Zunftsprache bedient, seine schriftlichen Aeußerungen müssen vielmehr klar und allgemein verständlich sein. In Bescheiden an Kunden der Reichsbahn soll ferner die unangebrachte Befehlsform vermieden werden; es sei unzweckmäßig, zu schreiben: „Die Güterkasse ist von Ihnen zu verständigen . . .", besser und höflich klingt es, zu sagen: „Wir ersuchen Sie, der Güterkasse mitzuteilen . . ." — Möge dieser Erlaß nicht nur bald recht viele Nachfolger haben, sondern auch tatsächlich endlich einmal befolgt werden.

Absturz des Postflugzeuges D 150.

Hamburg, 29. Juli. Das Postflugzeug D. 150 das der Deutschen Luftreederei gehört und sich auf der Fahrt von Berlin nach Hamburg befand, ist etwa 6 Klm. von Boitzenburg entfernt abgestürzt. Es wird angenommen, daß die Maschine gerutscht ist und von dem Führer nicht mehr aufgefangen werden konnte. Dieser ist ein ehemaliger Fliegeroffizier von Bertrap, ein ausgezeichneter, viel erfahrener Flieger, der sich immer als sehr geschickter Pilot erwiesen hat. Bei ihm und den drei Fahrgästen wurden Schädelbrüche festgestellt, die den sofortigen Tod zur Folge hatten. Die Namen der Fliegergäste sind: J. Vergara und Albert Janreguir, die Hamburg als ihren Wohnsitz angegeben haben und Südamerikaner zu sein scheinen, sowie ein Herr R. Murrie aus Newyork. Das Flugzeug ist total zertrümmert. Augenzeugen beobachteten, daß das Flugzeug schnell zur Erde sank und sich in geringer Höhe von der Erde überschlug.

Hinrichtung des Heidelberger Bürgermeistermörder.

Der Raubmörder Siebert, der im vergangenen Jahre bei Heidelberg den Oberbürgermeister Busse aus Herford und den damaligen Herforder Bürgermeister Werner ermordet und beraubt hat und deshalb zweimal zum Tode verurteilt worden ist, wurde am Sonnabend früh im Bruchsaler Landgerichtsgefängnis enthauptet. Als der Verurteilte an der Richtstätte erschien, zerbrach der Staatsanwalt den schwarzen Stab. Vor dem Zerbrechen nahm der Verurteilte das Kruzifix und beteuerte seine Unschuld. Als er weiter reden wollte, ordnete der Staatsanwalt die Vollstreckung an.

Ein bestialischer Mord an einer Frau. (Der Ehemann in Verdacht.) In Lüchow bei Stendal wurde in der Nacht die Frau des Arbeiters Ramßt in bestialischer Weise ermordet. Die unmittelbar vor ihrer Entbindung stehende Frau ist in ihrem Bette überfallen, zunächst gewürgt und dann durch Zertrümmerung des Schädels getötet worden. Die im Nebenzimmer schlafenden älteren Kinder hatten von der Mordtat nichts gemerkt. Der Tat verdächtig ist der Ehemann der Frau, der angab, er habe bis 10 Uhr Karten gespielt und habe dann, als er nach Hause kam, seine Frau ermordet aufgefunden. Er hat aber erst $1\frac{1}{2}$ Stunden später den andern Bewohnern des Hauses Kenntnis von dem Morde gegeben und darauf den Arzt geholt.

Die Montagspost erfährt aus **Brüssel**: Die gesamte Presse berichtet über einen **schweren Grenzzwischenfall.** Zwei Schmuggler, die von deutschen Beamten verfolgt wurden, überschritten die Mosel und verschwanden nach Luxemburg. Deutsche Zollbeamte schossen von der deutschen Seite aus nach den Flüchtigen und töteten einen luxemburgischen Bauer. Der Zwischenfall soll in der dortigen Gegend lebhafte Beunruhigung hervorgerufen haben.

* **Gaunerfrechheit.** Ein Unbekannter meldete sich in der Nürnberger Reichsbankfiliale bei der Aufrufung eines Kontrollstreifens anstelle des betreffenden Bankdieners und erhielt 300 000 Mark ausgezahlt. Der Schwindler ist spurlos verschwunden.

* **Cholera in Moskau.** In Moskau sind in der letzten Woche 32 Cholerafälle festgestellt worden. Auch Fälle von akuter Gastroenteritis sind in Moskau zu verzeichnen.

* **Erdbeben in Spanien.** In Granada verspürte man dieser Tage ein Erdbeben, welches von dumpfem Rollen begleitet war und fast eine Minute dauerte. Die Bevölkerung wurde von einer Panik ergriffen, jedoch wurde kein Schaden angerichtet.

© **Todesurteil gegen deutsche Offiziere.** Das Schwurgericht in Brügge hat den Baron Nikolt von Gagern und den Prinzen August zu Stolberg, weil sie den belgischen Baron Udekem in Acoz (Hennegau) im März 1915 ermordet haben sollen, in contumaciam zum Tode verurteilt.

= **Kündigung des Buchdruckertarifs.** Nach einer Bekanntmachung des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker haben die Prinzipalsvertreter sämtlicher Tarifkreise den Buchdruckertarif nebst angehängtem Reichstarif für das Buch- und Zeitungsdruckereihilfspersonal zum Jahresschluß gekündigt. Mit dem Ablauf dieser Tarife erlischt zugleich die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker.

= **Berliner Warenmarkt vom 29. Juli.** Die Berliner Produktenbörse blieb heute geschlossen. — Notiert wurden Heu und Stroh. Großhandelspreise für 50 Kilo ab Station: Drahtgepreßtes Roggen-, Weizen- und Haferstroh 200—230, bindfadengepreßtes Roggen- und Weizenstroh 185 bis 210, Roggenlangstroh 205—230, gebündeltes Krummstroh 170—190, Häcksel 260—285, handelsübliches Heu 390 bis 450, gutes Heu 450—520 Mark.

= **Berliner Schlachtviehmarkt vom 29. Juli.** Auftrieb: 2445 Rinder, 1885 Kälber, 10 254 Schafe und 3598 Schweine. Preise für 1 Zentner Lebendgewicht: Ochsen 2400—3700, Bullen 2800—3600, Kühe 1600—3600, Kälber 3000—4800, Schafe 1900—4200 und Schweine 6000 bis 7000 Mark. Marktverlauf: In allen Gattungen glatt, ausgesuchte Ware über Notiz.

Zur gefl. Beachtung.

Infolge weiterer bedeutender Preissteigerungen für Druckpapier, Farbe und sonstige Materialien sehen wir uns veranlaßt, den **Bezugspreis für den „Wöchentlichen Anzeiger auf Mk. 14.— ausschließlich Trägerlohn** erhöhen.

Die Geschäftsstelle.

AMBI-
Getreidemäher
Sofortige Lieferung!
Landmaschinen-Händler drahten an:
Ambizweig Merseburg.
AMBI-Werke Abt. II/ **Merseburg**

Polizeiverordnung,

betreffend Bekämpfung der Bisamratte.

Auf Grund der §§ 6 und 12 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. 3. 1850 (R. S. S. 265) und der §§ 137 und 139 des Landesverwaltungsgesetzes vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) wird für den Regierungsbezirk Merseburg mit Zustimmung des Bezirksausschusses in Merseburg folgendes verordnet:

§ 1. Das Hegen, Halten und Versenden der Bisamratte ist verboten.

Für wissenschaftliche Zwecke sind Ausnahmen zulässig. Anträge sind an den Regierungspräsidenten zu richten. Jedoch darf der Versand und die Haltung lebender Bisamratten auch dann nur in eisernen Käfigen oder allseitig mit Blech beschlagenen Kisten erfolgen.

§ 2. Jedes Neuauftreten der Bisamratte ist sofort der Ortspolizeibehörde anzuzeigen; zur Anzeige sind verpflichtet a) die Eigentümer, Besitzer, Nutznießer und Pächter für ihren Besitz usw., b) die Fischereiberechtigten, c) die Jagdberechtigten, d) die Forstschutzbeamten, e) die öffentlichen Sicherheitsorgane.

§ 3. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Paragraphen werden mit Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder mit entsprechender Haft bestraft.

§ 4. Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündigung in Kraft.

Merseburg, den 28. Juli 1919.

Der Regierungspräsident.

Vorstehende Polizeiverordnung bringe ich hiermit erneut mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß in der Saale bei Blankenburg Bisamratten festgestellt worden sind. Im Hinblick auf die große Gefahr, die der Landwirtschaft, der Fischerei und den Wasserbauten durch das Eindringen der Bisamratte in die hiesige Gegend droht, ersuche ich vorstehende Polizeiverordnung genau zu beachten. Die Ortsbehörden und die Herren Landjäger ersuche ich, mir über jedes Vorkommen von Bisamratten im hiesigen Kreise sofort zu berichten.

Weißenfels, den 22. Juli 1922.

Der Landrat.

Der Provinzialausschuß zur Ermittelung der Kartoffelpreise hat für **Frühkartoffeln** — handelsübliche Ware je nach Sorte — einen Erzeugerpreis (Angemessenheitspreis) von 300 bis 350 Mk. frei Erzeugerstation oder nächstem Marktort festgesetzt.

Weißenfels, den 26. Juli 1922

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Betr. Notgeld der Stadt Teuchern.

Der Magistrat der Stadt Teuchern hat am 26. d. M. unter Tgb Nr. I. 1629 folgende Mitteilung an uns gelangen lassen:

Nachdem der Herr Reg. Präsident die nachträgliche Einlösung des in dortiger Liste aufgeführten Notgeldes genehmigt hat, wollen Sie die Einlösung am Dienstag, den 1. August nachmittags zwischen 3 und 5 Uhr in der Stadtkasse hierselbst bewirken. gez. Schilken.

Wir sind für diese Mitteilung dankbar, gleichzeitig aber auch der Meinung, daß die Bekanntmachung des erneuten Einlösetermins Sache des Magistrates gewesen wäre.

Indem wir obige Mitteilung veröffentlichen, stellen wir uns auch in diesem Falle nochmals in den Dienst des öffentlichen Interesses.

Wir bitten die Interessenten um Einhaltung des Einlösetermins

Kroschel, Rektor. **Jahr,** Amtsvorsteher.

Wegesperrung.

Der **Anliegerweg** sog. Dobicht in **Flur Gröben,** welcher von dem Deubener Wege nach der Neugröbener Eisenbahnbrücke führt, **wird hiermit** für den öffentlichen Verkehr **gesperrt.**

Uebertretungen werden unnachsichtlich verfolgt.

Gröben, den 23. Juli 1922.

Die Ortspolizeibehörde.
Jahr, Amtsvorsteher.

Obstverpachtung.

Der Obstanhang der Gemeinde **Krauschwitz** soll am **Mittwoch, den 2. Aug.** abends 7½ Uhr im Gasthof „Zum grünen Frosch" öffentlich meistbietend verpachtet werden.

Der Gemeindevorsteher.

Urin-Untersuchungen.

Kommen Sie zu mir zur Untersuchung und bringen Sie eine Flasche Ihres

Morgen-Urins

mit und ich sage Ihnen, was Ihnen fehlt und wie Sie durch

Homöopathie und Naturheilkunde

wieder gesund werden können.

Sprechstunden in Zeitz, Yorkstr. 14: Sonnabend, Sonntag und Montag vormittags von 8—12, nachm. von 3—7 Uhr. Sonntags nur vormittags.

Fernsprechanschluß Nr. 507.

Paul Bohn, Heilkundiger.

Flüssiger Leim

zu haben bei

Otto Lieferenz.

Lichtspiele Weiße Wand

Achtung! Nur 2 Tage. Achtung!

Dienstag, den 1. und Mittwoch, den 2. August.

Das große Radiumgeheimnis 6. Teil

Der Habicht und sein Ende.

Für diejenigen, welche 2. Schicht haben, findet Mittwoch früh 10 Uhr eine Vorführung statt.

Ich sehe mich gezwungen, von morgen ab die Preise zu erhöhen.

Tauf-, Verlobungs-, Hochzeits- und Trauerkarten

zu haben

Papierhandlung Otto Lieferenz.

---

ff. weiche Mettwurst zu 90 Mk.

ff. Servelat-, Salami-, Blut- und Leberwurst, Sülze usw. zu Fabrikpreisen empfiehlt

P. Hergert.

Das große, in allen Kreisen so beliebte

Zeitzer Vogelschiessen

findet vom **30. Juli** bis und mit **7. August** 1922 statt.

Jeder komme! Viele Sehenswürdigkeiten!

Junger Herr sucht möglichst für sofort anständiges

Logis

Zu erfr. in der Geschst. d. Bl.

Schlafstelle

für jüngeren Mann Professionist, wird sofort gesucht. Off. unt. **G. K.** a. d. Geschst. d. Bl.

Empfehle **Dienstag** zum Wochenmarkte

Tafelmargarine

a Pfd. **57.—** Mk.

Nußbutter

Schmalz Pfd. **70.—** Mk.

Frische Heidelberen.

Becker.

Kreisarbeitsnachweis Teuchern.

Amtliche Meldestelle für alle offenen Stellen.

Geschäftszeit werktäglich von 8½—1 Uhr.

Gesucht werden:

Knechte, Mägde, Abraum-, Schwelereiarbeiter, Naßpreßjahrer, Häuer, Förder, Zimmerleute, Maurer, 1 Hufschmied, 1 Klempner, 1 Dreher, 1 älterer Schlosser, 1 erfahrener Elektromonteur, 2 Wirtschaftsgehilfen, 1 Friseurgehilfe, 2 Töpfer, 1 Hausmädchen nach Teuchern und 1 aufs Land, 14 bis 15 jährige Lehrlinge in die Glasbiegerei, 1 Sattlergehilfe, 1 Mann und 1 Frau in die Tente, 1 Arbeiterfamilie, kräftige Arbeiter zum Gleisverlegen nach Wählitz.

Warnung.

Auf meinem Grundstücke rechts der Osterfelderstraße, anschließend an die Einzäunung meiner Lehmgrube liegen **Selbstschüsse.**

Ottomar Erfurth.

Wohnungstausch

Suche meine Wohnung bestehend aus Stube, Kammer und Küche gegen gleiche zu tauschen. Zu erfragen i. d. Geschst. d. Bl.

Kleiner Spitz

ist zugelaufen. Gegen Insertions- und Futterkosten zabzuholen. **Zeitzerstr. 15.**

Ferkel

gute Fresser, verkauft

Albin Schicke,
Teuchern, Markt 2

Verheirateter

Tagelöhner

sucht Stellung mit Wohnung oder ein **Haus** zu kaufen. Näheres **Gartenstr. 3a.**

Ein guterhaltenes

Klavier

wird zu kaufen gesucht. Offerten mit Preisangabe unter **„Klavier"** an d. Geschst. d. Bl. erbeten.

Ein jüngeres, fleißiges

Dienstmädchen

suchen

Geschwister Klassenbach Weißenfels, Gr. Burgstr. 34.

Wir gratulieren unserm Kollegen **Alfons Blach** zu seinem 24. Wiegenfest und bringen ihm ein dreimal ges, schmetterndes Hoch, daß die ganz Schori'sche Gasse wackelt. Es ist blos wegen d. Cognakflasche.

Ein paar Freundinen.

Ein 10 Monate altes Kind ist gegen hohes Entgelt in

gute Pflege

zu geben. Angeb. unter **A.B.** a. d. Geschst. d. Bl.

„Nissin"

gegen **Kopfläuse**

Nichts anderes nehmen.

Stadtapotheke Teuchern.

An unsere Inserenten

Um eine pünktliche Fertigstellung unseres Blattes zu erreichen, müssen **alle Inserate bis spätestens morgens 9 Uhr** in unserer Geschäftsstelle abgeliefert sein. Größere Inserate erbitten tags zuvor.

Verlag d. „Wöchentl. Anzeigers".

DRUCKSACHEN

jeder Art

für Geschäfts- und Privatbedarf

in schwarz, bunt und Kopierfarbe

fertigt billigst an

Buchdruckerei von

Otto Lieferenz

Teuchern

Zeitzerstrasse 10.

Ansichtskarten

empfiehlt **O. Lieferenz.**

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer so früh dahingeschiedenen lieben, unvergesslichen Tochter

Frida

sagen wir allen für die schönen Blumenspenden unsern herzlichsten Dank. Dank den Jugendfreundinnen und -freunden für die reichliche Geldspende, Dank allen, die die Entschlafene zur letzten Ruhestätte geleiteten!

Dir, liebe Frida, rufen wir ein „Ruhe sanft" in die Ewigkeit nach.

Die trauernden Eltern

Theodor Meyer und Frau nebst Kind, Geschwistern und Verwandten.

Teuchern, den 31. Juli 1922.

Dank.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer innigst geliebten, guten Tochter, Schwester u. Schwägerin sagen wir allen für die reichliche Kranz- und Geldspende unseren aufrichtigsten Dank. Dank Herrn Oberpfr. Plagemann für die schöne Grabrede. Ferner danken wir Herrn Lehrer Bendleb für die Geldspende, und den lieben Schülern und Schülerinnen für den schönen Kranz. Dies alles hat unseren wunden Herzen wohlgetan.

Die trauernde Familie

Th. Fuhrmann und Angehörige.

Teuchern, den 31. Juli 1922.

Tretet still zu meinem Grabe / Stört mich nicht in meiner Ruh / Denkt, was ich gelitten habe / gönnet mir die ewige Ruh'

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220801-10/fragment/page=0004

Bibl. zuf.

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Korpuszeile 2,— Mk., Reklamezeile 4 50 Mk.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10. Bis spätestens vormittags 9 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 6 Uhr für den folgenden Tag.

Monatlicher Bezugspreis: durch unsere Boten ins Haus geliefert 14.— Mk. durch unseren Boten bei Haus geliefert 15,00 Mk. Einzel-Nummer 120 Pf.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 89 ‖ Dienstag den 1. August 1922 ‖ 61. Jahrgang

Übersicht.

— In der bayerischen Krise ist noch keine Entscheidung gefallen.

— In der Reichskanzlei fand eine Besprechung über die französische Note statt, in der in ultimativer Form die Stundung der Ausgleichsraten abgelehnt wird.

— Belgien wünscht die Frage der Stundung der Ausgleichsraten gleichzeitig mit der Moratoriumsfrage zu verhandeln.

— Der Dollar stieg an der Berliner Börse zum ersten Male über 600.

— Die Verhandlung der Mordsache Rathenau vor dem Staatsgerichtshof wird im September stattfinden.

— De Valera soll Irland heimlich verlassen und sich nach Amerika begeben haben.

Ernährung und Reparation.

Vom 13. August ab wird sich der Brotpreis erhöhen und nicht viel unter 30 Mark für das Markenbrot betragen. Der genaue Betrag richtet sich nach den lokalen Verhältnissen. Eine Ueberraschung ist diese Erhöhung nicht, sie ist bereits vor zwei Monaten angekündigt worden. Nur wurde damals die Erwartung ausgesprochen, der Preis würde etwas weiter von 30 Mark entfernt bleiben. Diese Hoffnung würde sich auch wohl haben erfüllen lassen, obgleich die Getreideernte im Durchschnitt nur eine mittlere sein wird, aber der seitdem eingetretene Sprung des Dollars über 500 macht uns das aus Amerika zu kaufende Zuschußmehl so teuer, daß der Brotpreis eben nach oben geht. Auch der Preisunterschied zwischen Markenbrot und markenfreiem Brot wird beträchtlicher sein, als vor ein paar Monaten angenommen worden war.

Den Wunsch, den wir bezüglich der zunächst unvermeidlichen Brotverteuerung selbstverständlich aussprechen müssen, ist der, daß dieser Preisstand nicht zu lange anhalten möge. Die Erfüllung dieses berechtigten Wunsches ist keinesfalls unmöglich, sie hängt davon ab, daß die Mark sich wieder erholt und damit ihre Kaufkraft gesteigert wird. Speziell bezüglich der Lebensmittelpreise hatte im Frühjahr die Ententepresse einschließlich der französischen Zeitungen es offen ausgesprochen, daß sie kein Interesse an den hohen Lebensmittelpreisen in Deutschland habe, vielmehr wünschen müsse, daß die Volksernährung sich ohne Schwierigkeiten vollziehe. Dieser Ausspruch ist sehr erklärlich, denn je mehr Deutschland für Lebensmittel an Devisen dem Ausland zahlen muß, um so weniger kann es Reparationszahlungen an die Entente leisten. Die Reichsregierung hat ja auch in ihrem Stundungsgesuch nach Paris ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie bei voller Erfüllung ihrer Verpflichtungen nicht genug Geld übrig behalte, um den Bedarf an Brotmehl zu decken. Es hilft uns freilich nichts, daß der Wunsch der Entente für eine gute Verpflegung Deutschlands ausgesprochen ist, denn sie ist es ja gerade, die durch die hohen Reparationsforderungen die Kaufkraft der deutschen Mark lähmt.

Das Widersinnige der französischen Reparationspolitik kommt in der Ernährungsfrage zum Ausdruck, die mit dem Inhalt des Londoner Ultimatums auf das engste verbunden ist. Durch die übertriebenen Ansprüche dieses Diktats, das uns die Zahlung von 132 Goldmilliarden aufbürdet, ist die Mark fast ganz kaput gemacht, so daß wir allen Lebensbedarf mit enormen Aufschlägen bezahlen müssen. Alle diese Aufschlagsmillionen könnten in die Ententekasse in Paris wandern und unsere Schulden vermindern, aber wir sind gezwungen, sie zur Erhaltung unserer Arbeitskraft zu verwenden. Unsere Kreditwürdigkeit wird nach dem Gutachten aller Finanzautoritäten der Welt durch diese Schuldenlast zerstört, wir müssen warten, daß es anders wird. Der Nutzen einer Kulanz gegen Deutschland liegt für Frankreich auf der Hand, wir bekämen Kredit, billigere Lebensmittel, und könnten also schneller bezahlen. Aber der französische Starrsinn bleibt.

Die internationalen Bankiers begründen ihr Votum, daß es anders werden muß, mit der äußeren Entwertung der Mark. Dem deutschen Volke liegt am nächsten die Magenfrage, es muß anders werden, damit sich nicht der Mangel an Lebensmitteln einstellt. Lebensmittelpreis und Geldentwertung sind ja nur die verschiedenen Aeußerungen derselben Grundursache, der Ueberschuldung, darum hilft auch von selbst nach der anderen Seite, wer nach der einen Wandel schaffen will, aber ein Anfang muß gemacht werden. Und das Gespenst: In Deutschland droht die Not — packt die Menschheit doch anders, als die finanzpolitischen Erwägungen. Es ist nicht gleichgültig, daß die Reparationspolitik in Paris sich gerade das Brot als Objekt für ihre Folgen ausersehen hat, denn das Brot als wichtigstes Lebensmittel bestimmt die Preise der ganzen Volksernährung. Mit dem Brot steigen und fallen auch Fleisch, Pflanzenwuchs und schließlich alle industriellen Erzeugnisse. Das ist zu allen Zeiten so gewesen und wird immer so bleiben.

Menschenliebende Teilnahme und kaufmännischer Geschäftssinn sprechen in gleicher Weise für einen Wandel der Finanzpolitik, die den Hunger wehrt und die Barzahlung steigert. Bleibt jetzt die Einigung aus, so ist es klar, daß Frankreich letzten Endes nicht Geld will, sondern — — die Rheingrenze und die innere Zerstörung Deutschlands. Wm.

Der Kabinettsrat in München.

Vor der Entscheidung.

In der bayerischen Krise ist zur Stunde noch keine Entscheidung gefallen. Der entscheidende Ministerrat, der den Brief des Reichspräsidenten unmittelbar nach seinem Eintreffen prüfen sollte, ist auf Montag verschoben worden. Im Anschluß daran soll die Angelegenheit den Führern der Koalitionsparteien sowie der der Regierung nahestehenden demokratischen und Mittelpartei unterbreitet werden. Erst dann wird man sich über die nach Berlin zu richtende Antwort schlüssig werden. Die Verschiebung der Entscheidung

Vereinbarung allgemeiner Art mit Bayern zuläßt und diesem die Sicherheit gibt, daß gegen seinen Willen Eingriffe in die bayerische Justizhoheit nicht vorkommen können.

Neue französische Drohung.

Ungewöhnlich schroffe Ablehnung des deutschen Stundungsgesuchs.

Die deutsche Regierung hatte bekanntlich bei der Entente gebeten, die monatlichen Pauschalzahlungen von zwei Millionen Pfund zur Abdeckung der Debetsalden im Ausgleichsverfahren auf 500 000 Pfund herabzusetzen und Vorsorge dafür zu treffen, daß aus den Schiedsgerichtsurteilen, die vereinbarungsgemäß in erster Linie aus dem Erlös des liquidierten deutschen Eigentums erfüllt werden sollen, für die Dauer des Moratoriums keine Barzahlungen gefordert werden. Auf dieses Gesuch hat jetzt die französische Regierung als erste geantwortet. Sie lehnt nicht nur das deutsche Ersuchen in selbst für eine französische Note ungewöhnlich schroffer Form ab, sondern geht zugleich zu

neuen scharfen Drohungen

über. Sie stellt für den Fall der Nichtzahlung der Monatsrate im Ausgleichsverfahren die Kündigung des Abkommens, das Verbot an die französischen Ausgleichsämter, deutsche Forderungen anzuerkennen und das Verlangen der strikten Durchführung des Friedensvertrages in Aussicht. Dazu würde, wie in der Note ausgeführt wird, auch die Aufhebung des Reichsausgleichsgesetzes gehören, in dem die deutsche Regierung zugunsten der deutschen Schuldner „weit über die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag hinausgegangen sei (!)". Für den Fall der Aufhebung des genannten Gesetzes und der Abrechnung mit den deutschen Schuldnern zum vollen Tageskurs erbittet sich die französische Regierung Listen derjenigen deutschen Schuldner, die sich dem Reichsausgleichsamt gegenüber zur Zahlung des Tageskurses außerstande erklären, um durch Veröffentlichung ihrer Namen in den alliierten Ländern

einen Druck auf sie auszuüben.

Schließlich verlangt die französische Regierung binnen einer **Frist von zehn Tagen**, die vom 26. Juli läuft, eine Erklärung der deutschen Regierung, daß das deutsche Ausgleichsamt künftig die Pauschalsumme von zwei Millionen Pfund zahlen wird und kündigt an, daß sie andernfalls **gewisse nicht näher bezeichnete Maßnahmen** in Wirksamkeit treten lassen werde.

*

Belgien antwortet entgegenkommender.

Im Gegensatz zu dieser schroffen französischen Note hat, wie die „Agence Belge" meldet, die belgische Regierung auf das deutsche Ersuchen geantwortet, sie wünsche das Ersuchen um ein Moratorium für die Reparationszahlungen und das Ersuchen um Verminderung der Ausgleichszahlungen gemeinsam zu behandeln, wie sie sie stets als gemeinsam betrachtet habe und wie sie es nach dem Versailler Vertrage seien, der die Priorität der Wiedergutmachungen vor allen anderen Verpflichtungen Deutschlands aufstelle. —

Frankreich hat demnach wieder einmal als einziger der Alliierten mit grobem Geschütz geschossen, während selbst sein getreuester Trabant Belgien sich vernünftigen Erwägungen nicht mehr unzugänglich zeigt.

Schutzgesetz und Staatsrechtslehrer.

Zwei widersprechende Rechtsgutachten.

Der Breslauer Staatsrechtslehrer Professor Axel Freiherr v. Freytag-Loringhoven stellt in einem in der „Deutschen Zeitung" veröffentlichten Aufsatz fest, daß bei dem Erlaß des Gesetzes zum Schutze der Republik ein schwerer Formfehler begangen worden ist. Die Gesetze seien zwar unbestritten im Widerspruch mit der Weimarer Verfassung, stellten jedoch keine Verfassungsänderung im eigentlichen Wortsinne dar. Nach wie vor beständen die Artikel 18, 123 und 124 zu Recht, nach denen jeder Deutsche das Recht hat, seine Meinung auf beliebige Weise frei zu äußern, sich ohne besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln, Vereine und Gesellschaften zu bilden. Diese Bestimmungen seien weder aufgehoben noch in ihrer Wirkung beschränkt worden. Professor v. Freytag schreibt alsdann:

Wollte man eine Verfassungsänderung, wie Artikel 76 sie vorsieht, so mußte man eine Abänderung des Wortlautes der Verfassung vornehmen. Man mußte die Artikel 118, 123, 124 ausdrücklich aufheben oder ihnen zum mindesten ausdrücklich eine Einschränkung beifügen, die einen Hinweis auf die Schutzgesetze enthielt. Nur auf solchem Wege konnte bekundet werden, daß Reichstag und Reichsrat den Ernst der von ihnen gefaßten Beschlüsse erkannten, nur so konnte der Vorwurf einer Täuschung des Volkes vermieden werden.

*

Der Ordinarius für Staatsrecht an der Universität München, Prof. Dr. Karl Rothenbücher, hielt auf Einladung des Bayernbundes für Deutschlands Neuhau einen Vortrag über das staatsrechtliche Verhältnis zwischen Bayern und dem Reiche. Er führte dabei aus:

Wenn er, Redner, bayerischer Richter wäre, würde er sich für verpflichtet halten, nach dem deutschen Reichsgesetz zu verfahren und die bayerische Verordnung als nichtig und nicht bestehend zu erachten. Die Folge davon sei, daß kein Angeklagter die Zuständigkeit des Gerichtes anzuerkennen brauche. Der Staatsgerichtshof sei noch nicht im mindesten behindert, eine Angelegenheit an sich zu ziehen oder der Reichsanwalt behindert, bayerische Beamte zur Rechtshilfe aufzufordern. Es sei ihm schmerzlich, dies mit aller Bestimmtheit sagen zu müssen, weil er sich damit in einen Gegensatz stellen müsse zu Leuten, die er als Juristen und Persönlichkeiten achte. Auch in Berlin seien Fehler gemacht worden, aber das gestatte Bayern nicht, größere Fehler zu machen.

Regen und Ernte.

Wochenbericht des Deutschen Landwirtschaftsrats.

In der abgelaufenen Berichtswoche hatte es alltäglich mehr oder weniger Regen gegeben, der für die Förderung der Roggenernte außerordentlich fördernd war und allmählich ernste Besorgnis wegen der Qualitäten veranlaßten. Bei den bisher geernteten und bereits im Handel befindlichen Oelsaaten und der Wintergerste zeigen sich die Folgen der ungünstigen Witterung bereits recht bedenklich, indem der Raps sehr klamm ist und dadurch beim Transport ernsten Gefahren ausgesetzt ist. [illegible] der Wintergerste, die, wie wir schon vor acht Tagen sagten, durchschnittlich ein sehr flaches Korn besitzt, kommt auch manche notreife Partie an den Markt, die mehr aus Schale als aus Korn besteht. Wie sich aus solchen Verhältnissen für diese Artikel bereits ernste Qualitätsdifferenzen im Handel ergeben, so fürchtet man für alle

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119220801-10/fragment/page=0005